

# Macron gibt nach, knickt aber nicht ein

Durch substantielle Zugeständnisse an Arbeitnehmer und Rentner versucht Frankreichs Staatschef die Stimmung drehen ó ohne seinen marktfreundlichen Kurs preiszugeben. Erwartungsgemäß reagierten die šGelbwestenō durchwegs negativ auf die Rede von Macron: šEr bietet uns eine Baguette, wir wollen die ganze Bäckerei,ō höhnte ein Aktivist an einer Straßen-Sperre. Aber der Präsident setzt auf den wachsenden Überdruß angesichts des Chaos und der Zerstörungen, die die anhaltende Revolte in Frankreich verursacht.

AUS PARIS  
**DANNY LEDER**

Emmanuel Macron gibt gegenüber der vierwöchigen Revolte der šGelbwestenō substantiell nach und äußert auch Selbstkritik, knickt aber nicht ein. In seiner TV-Ansprache am Montag-Abend verkündete der französische Staatschef eine neuerliche Serie von unmittelbar wirksamen Maßnahmen gegen die Einkommensverluste, die Arbeitnehmer und Pensionisten namentlich in der Provinz auf die Seite der šGelbwestenō getrieben hatten.

Im Einzelnen verlautbarte Macron:

- \* Der staatliche fixierte Mindestgehalt, bisher 1480 Euro brutto, wird ab Anfang 2019 um 100 Euro erhöht, wobei nicht die Arbeitgeber sondern der Staat für diesen Zuschlag aufkommen wird. Diese Maßnahme kommt rund zwei Millionen französischen Arbeitnehmern zugute.
- \* Überstunden unterliegen ab Jänner 2019 weder der Lohnsteuer noch Abgaben für die Sozialversicherung. Davon profitieren rund 9 Millionen Arbeitnehmer, im Schnitt bedeutet das eine Gehaltssteigerung von monatlich 50 Euro.
- \* Eine Sozialsteuer, die Macron auf die französischen Rentner ab einer Pension von 1200 Euro netto ausgedehnt hatte, bezeichnete der Staatschef jetzt als šzu hart und ungerechtō. Sie wird ab sofort auch für Pensionen bis zu 2000 Euro abgeschafft.
- \* Die weihnachtlichen Prämienausschüttungen an die Belegschaften in den Unternehmen, die es sich leisten können, werden ebenfalls von allen Steuern und Sozialabgaben freigestellt.

Diese neuen Maßnahmen ergänzen die bereits vor einer Woche von Regierungschef Edouard Philippe angekündigte Annullierung der für 2019 geplanten Gebühren-Erhöhungen auf Sprit sowie der (in Frankreich staatlich mitbestimmten) Tarife für Strom und Gas.

Alle diese Maßnahmen zusammengenommen dürften für rund 15 Millionen Franzosen zu Buche schlagen, aber den französischen Staatshaushalt um etwa 10 Milliarden Euro zusätzlich belasten. Ausgleichen dürfte Macron diese Ausgaben erstens durch einen langsameren Defizit-Abbau als ursprünglich vorgesehen. Frankreich dürfte daher 2019 den in den EU-Verträgen festgelegten Höchststrahmen eines drei Prozent-Defizits knapp verfehlen, aus Brüssel wurde diesbezüglich aber angesichts der Krise in Frankreich bereits Verständnis signalisiert.

## Weniger für die Unternehmer

Zweitens wird Macron vermutlich die von ihm beschlossenen, sehr großzügigen Steuer- und Abgaben-Verringerungen für Unternehmen nicht im geplanten Ausmaß durchziehen

können. Das entspricht einer gewissen Wende weg von der prioritären Unterstützung der Arbeitgeber, die Macron bisher betrieben hatte, und hin zu einer breit gestreuten Entlastung der einkommensschwächeren Arbeitnehmer-Kategorien und Pensionisten.

Im Kern hält Macron allerdings an seinen marktfreundlichen Reform-Ambitionen fest: so lehnte er explizit die Wiedereinführung der Steuer auf Großvermögen ab, die von großen Teilen der 'Gelbwesten' gefordert wird. Macron hatte diese Steuer, die ab einem Vermögen von 1,3 Millionen Euro eingehoben wurde und zuvor nicht einmal von konservativen Regierungen angetastet worden war, gleich bei Amtsbeginn abgeschafft. Ihre Wiedereinführung würde bloß 'die Reichen aus dem Land treiben und Frankreich ärmer machen', warnte Macron. Außerdem betonte der Staatschef, er würde an seiner geplanten Reformen der Rentensystems und der Arbeitslosenversicherung unvermindert festhalten – beides Vorhaben, die größte Befürchtungen bei der Linksoption und einem Großteil der Gewerkschaften auslösen.

Allerdings trug Macron dem Ruf nach mehr Steuergerechtigkeit insofern Rechnung, als er betonte, die Chefs von Großfirmen und Spitzenmanager müssten 'in Frankreich ihre Steuern zahlen'. Darüber hinaus versprach Macron eine 'noch nie dagewesenen Debatte' über die künftige Wirtschaftspolitik mit Sozialpartnern, Bürgermeistern und Bürgerinitiativen.

### Bei 'Gelbwesten' abgeblitzt

An den Blockadepunkten, die von den 'Gelbwesten' an Autobahn-Einfahrten aufrecht erhalten werden, fielen die Reaktionen auf Macrons Rede durchwegs negativ aus: die angekündigte Erhöhung des Mindestlohns sei viel zu gering, hieß es etwa. Ein Aktivist meinte: 'Er bietet uns eine Baguette, wir wollen die ganze Bäckerei'. Dass Macron bei den radikalisierten Kernaktivisten der 'Gelbwesten' abblitzt, war freilich zu erwarten. Ziel seiner Rede war vielmehr, die allgemeine Stimmung, die bisher den 'Gelbwesten' gewogen war, zu seinen Gunsten zu kippen. Tatsächlich wächst der Überdruß gegenüber dem Chaos, das die 'Gelbwesten' verursachen.

macht substantielle finanzielle Zugeständnisse an die Revolte der 'Gelbwesten', übt Selbstkritik und zeigt Reue, aber bewahrt

Die Botschaft der Einsatzkräfte war klar: „Noch so einen Samstag stehen wir das nicht durch, viele sind am Limit“, sagte ein Polizeigewerkschafter nach den neuerlichen teils gewalttätigen Protesten der sogenannten „Gelbwesten“ am vergangenen Samstag – dem vierten in Folge. Die Botschaft etlicher „Gelbwesten“, einer inhomogenen Bewegung von Demonstranten gegen die Sozialpolitik von Frankreichs Präsidenten Emmanuel Macrons, ist auch klar: Der Protest soll weitergehen. Und diejenigen, die den Aufstand mit Zerstörungen, Brandlegungen und Plünderungen, mit purer Lust an Gewalt und Anarchie begleiten, wollen das erst recht. Was wiederum die Polizei – am Wochenende waren 100.000 Polizei- und Sicherheitskräfte im Einsatz – an ihr Limit bringt.

Aus diesem Dilemma sucht Emmanuel Macron seit Tagen einen Ausweg, bange beobachtet von jenen Franzosen, die mit der „Gelbwesten“-Bewegung nichts am Hut haben und die um die Stabilität der Nation fürchten. Am Montagvormittag empfing der Staatschef Spitzenvertreter aus Politik und Wirtschaft im Elyséepalast. Dabei sollte Medienberichten zufolge auch über milliardenschwere Steuer- und Abgabenerleichterungen gesprochen werden, etwa über die schnellere Abschaffung der Wohnungssteuer und das Vorziehen einer geplanten Befreiung von Sozialbeiträgen auf Überstunden. Am Abend wollte sich Macron dann von seinem Amtssitz aus an die Franzosen wenden.

Bei dem Treffen am Vormittag wollte der Präsident von Vertretern der großen Gewerkschaften, der Arbeitgeber sowie der Präsidenten der Nationalversammlung und des Senats Stimmen und Vorschläge hören, welche Antworten es auf die andauernden Proteste geben könne. Alleine vergangenen Samstag waren wieder weit mehr als 100.000 Menschen auf die Straße gegangen, davon mindestens 10.000 in Paris, um für mehr Steuergerechtigkeit und höhere Kaufkraft zu demonstrieren.

Die Protestbewegung der „Gelbwesten“ hatte sich Mitte November angesichts geplanter Steuererhöhungen auf Kraftstoffe formiert. Dieses Vorhaben hat die Mitte-Regierung wegen der wochenlangen Proteste mittlerweile auf Eis gelegt. Die Forderungen der Demonstranten reichen heute jedoch viel weiter – von Steuersenkungen über mehr Kaufkraft bis zum Rücktritt Macrons.

Ein Einschwenken darauf würde Frankreich allerdings teuer zu stehen kommen. Allein der Verzicht auf das Anheben der Treibstoffsteuer schlägt im kommenden Jahr mit Milliarden zu Buche. Eigentlich hatten die Franzosen Europa versprochen, die Staatsfinanzen zu sanieren und die Maastrichter Defizitgrenze von drei Prozent der Wirtschaftsleistung dauerhaft einzuhalten.

Erdoğan sticheltDer türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan hat das „Schweigen“ westlicher Medien und Menschenrechtler zum Vorgehen der französischen Exekutive gegen die Aufständischen kritisiert. In einer Rede zum Tag der Menschenrechte kritisierte er, dass die Medien bei den Gezi-Protesten in der Türkei 2013 gegen das Vorgehen seiner Regierung protestiert hatten, nun jedoch schweigen würden. Damals hätten die Medien „die ganze Welt in Aufruhr versetzt“, weil es in der Türkei gewesen sei, doch nun würden die Medien nicht in gleicher Weise über die Proteste in Paris und Brüssel berichten. Erdoğan hatte am Samstag bereits die „unverhältnismäßige Gewalt“ der französischen Polizei gegen die „Gelbwesten“ kritisiert. Die Proteste seien im Übrigen ein Zeichen für das Scheitern von Demokratie und Menschenrechten in Europa.